Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Danziger Volksstimme

Bezugspreis monatlich 1,50 Gulden, wöchentlich 0,38 Gulden. Postbezugspreis f. November 700 000 M., Schlüsselzahl freibl. Anzeigen: die 5-geld. Zeile 0,30 Gulden, Reklamezeile 1,50 Gulden. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 277 — Dienstag, den 27. November 1923 — 14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6. Postscheckkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckachen 3290.

Ungelöste Regierungskrise im Reich.

Die bürgerlichen Parteien gegen Dr. Albert und für eine Rechtsregierung. Der Reichspräsident hält an der Kanzlerschaft Dr. Alberts fest. Die drohende Auflösung des Reichstages.

Die Lage in Berlin ist noch völlig ungeklärt. Unser Berliner Bureau meldet, daß unbedingt mit einer Kanzlerschaft des vom Reichspräsidenten Ebert erwählten Dr. Albert zu rechnen ist, anderufalls derselbe sofort den Reichstag auflösen würde. Der Sozialistische Parlamentsdienst schreibt:

Die Regierungsbildung dürfte voraussichtlich am Dienstag Mittag abgeschlossen sein. Sie geht in aller Stille und unter vollkommener Ausschaltung der Reichstagsfraktionen vor sich. Es ist deshalb verständlich, wenn ein Gerücht dem anderen folgt und bisher bestimmte Einzelheiten über die Absichten Alberts nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen sind. Vorläufig verlautete, daß eine feste Zusage von den Ministern des Kabinetts Stresemann nur der Innenminister Dr. Jarres gemacht hat. Dr. Geßler, an den Dr. Albert mit dem Ersuchen herangetreten ist, im Amte zu bleiben, hat sich bis am Montag Abend noch nicht endgültig entschieden, während Minister Brauns, der dem Zentrum angehört, sich über die an ihn ergangene Bitte, das Arbeitsministerium weiterhin zu übernehmen, nicht positiv entscheiden konnte, weil die Zentrumsfraktion die Zugehörigkeit von Zentrumsministern zum Kabinett Albert von ihrer vorherigen Zustimmung abhängig gemacht hat. Eine Entscheidung dürfte das Zentrum erst fällen, wenn die Zusammensetzung der Regierung Albert und ihr Programm bekannt ist.

Da sich das endgültige Zustandekommen der Regierung wider Erwarten verzögert hat, dürfte der Reichstag voraussichtlich vor Donnerstag nicht zusammentreten. Bei der allgemeinen Stimmung innerhalb der Fraktionen ist kaum anzunehmen, daß das Geschäftsministerium Albert ein Vertrauensvotum erhält. Die Fraktionen der Volkspartei und des Zentrums haben am Montag getagt, ohne einen festen Beschluß zu fassen. Sie machten aber aus ihrer Antipathie gegen Albert keinen Hehl. Die Deutschnationalen haben bereits jetzt ohne Kenntnis des Regierungsprogramms und der Zusammensetzung der Regierung ihr Urteil über das neue Kabinett gefällt. Sie lehnen selbstverständlich jedes Vertrauensvotum für Albert ab, da sie in ihm die „rechte Hand" des sozialdemokratischen Reichspräsidenten sehen.

Dr. Albert dürfte vor dem Reichstag mit der Auflösungsorder in der Tasche erscheinen. Wird die von ihm gestellte Vertrauensfrage verneint, dann ist mit aller Bestimmtheit die sofortige Auflösung des Reichstages zu erwarten.

Der Widerstand gegen den Ebert-Kandidaten Dr. Albert geht von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aus, die mit dem Zentrum Fühlung genommen haben, um eine rechtsgerichtete Regierung zu bilden. Wie bürgerliche Berliner Blätter mitteilen, haben sich die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, die gestern nachmittag im Reichstage eine Besprechung abhielten, gegen ein überparteiliches Kabinett Albert ausgesprochen. In unverbindlich eingeleiteten interfraktionellen Besprechungen hat der Gedanke, einen bürgerlichen Block mit Einschluß der Deutschnationalen zu bilden, Boden gewonnen. Das Zentrum hat allerdings an eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen eine Reihe von Bedingungen geknüpft: Die Regierung soll auf verfassungsmäßigem Boden bleiben; der Versailler Friedensvertrag soll als gegebene Tatsache hingenommen werden; über die große Koalition in Preußen soll bei der Kabinettsbildung im Reiche nicht gesprochen werden.

Wie jedoch die „Voss. Ztg." meldet, soll es zu einem Kompromiß auf folgender Basis kommen: Die Deutschnationalen lassen die Forderung fallen, daß der Versailler Vertrag für nichtig erklärt werde. Zentrum und deutsche Volkspartei verpflichten sich, in Preußen aus der großen Koalition auszuscheiden und auch dort einen Bürgerblock zu bilden. Die deutschnationale Fraktion und auch die Fraktion der deutschen Volkspartei sollen bereits ihre Zustimmung zu dem Kompromiß gegeben haben. Die Zentrumsfraktion wird heute mittag darüber endgültig beschließen. Die Haltung der Demokraten, ohne welche die bürgerliche Koalition nicht über eine absolute Mehrheit im Reichstage verfügen würde, ist noch nicht entschieden. Die Blätter nehmen an, daß die Demokraten wohl eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, jedoch eine neutrale Haltung einnehmen werden. Als Reichskanzler der bürgerlichen Koalition wird der bisherige Reichsminister des Innern Dr. Jarres genannt.

Dem gegenüber erklärt der „Soz. Parl. Dienst": Das Gerücht von einem Scheitern der Mission Alberts und einer Beauftragung des bisherigen Reichsministers des Innern Dr. Jarres mit der Neubildung der Regierung wird uns von gut unterrichteter Seite als durchaus falsch bezeichnet. In den zuständigen Kreisen nimmt man an, daß Dr. Albert bis Dienstagmittag mit der Bildung der Regierung fertig ist und noch im Laufe dieser Woche vor den Reichstag tritt. Sollte dieser das Vertrauensvotum verweigern, so würde er sofort aufgelöst werden.

Ruhrabkommen und Reparationskommission.

Der „Matin" behauptet, daß nach dem Vertrag des bergbaulichen Vereins mit der belgisch-französischen Ingenieurmission über die Berechnung der Sachlieferungen und der einzuziehenden Steuern ein Teil des bei einem Anschwellen des Verkehrs mit einer Verstopfung der Strecken rechnen.

Der Mut zum Pazifismus.

Die Werbeveranstaltung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Pazifistischen Studentenbundes brachte am Freitag einen Vortrag von Universitätsprofessor Genossin Dr. Anna Siemsen-Jena über „Der Mut zum Pazifismus". Gegenüber dem lächerlichen Vorwurf, der Pazifismus sei Feigheit, betonte Genossin Siemsen, daß heute in Deutschland zu keiner Sache weniger Mut gehört als zum Antipazifismus. Die Verhältnisse haben sich dahin entwickelt, daß nichts einen Menschen so sichert und deckt, wie die Zugehörigkeit zu den Monarchisten und Putschisten, und nichts so sehr der Gefahr für Leib und Leben aussetzt, wie die Betätigung als linksstehender Politiker. Aber daß die Dinge so liegen, ist allerdings zum großen Teil doch eine Folge unseres Mangels an Mut. Mehr als der Mut, gegenüber einer feindlichen Mehrheit seine abweichende Meinung zu vertreten und auch mal Gesundheit und Leben aufs Spiel zu setzen, wird von einem Pazifisten verlangt. Nicht nur Ablehnung des Krieges, sondern Kampf gegen jede Vergewaltigung ist die Aufgabe des Pazifisten, der keinem Menschen und keiner Idee das Recht zugestehen darf, anderen Gewalt anzutun. Der Mut, öffentlich auszusprechen, was ist, hat in Deutschland fünf Jahre hindurch gefehlt und fehlt noch heute. Auch uns Pazifisten fehlt der ganz auf das Ziel gestellte Wille, der Wille zur Macht, der die anderen erfüllt. Nicht Führer zu sein, sollen wir wünschen, sondern Masse sollen wir werden, in die Masse sollen wir eintauchen, dann werden wir vielleicht einmal Sauerteig werden. Wir gehören an die Seite der Arbeiterschaft!

Die Dauerkrise in Polen.

Von unserm —f Mitarbeiter.

Warschau, 26. November.

Seit die Regierung der Nationaldemokratie in Polen ihre Herrschaft angetreten hat, hat die innere Krise der Regierung noch nicht einen Augenblick aufgehört. Erst wurde der Finanzminister Linde wieder aus dem Kabinett ausgeschifft. Jetzt spricht man schon wieder von einem Rücktritt Kucharskis. Das Außenministerium mußte von Senda auch an Dmowski abgetreten werden, und mit diesem Vertreter der schärfsten deutschfeindlichen Politik trat Korfanty in das Kabinett ein. Das waren alles Versuche, die unpopuläre Regierung des unnatürlichen Blocks zwischen Großgrundbesitzern, Großindustriellen und Kleinbauern volkstümlich zu machen, nicht durch Erfolge, sondern durch Namen, und zwar durch die Namen von Männern, die durch eine nationalistische Propaganda in den Vordergrund gerückt waren.

Doch noch ein zweites ist dabei zu erkennen, nämlich das Bestreben, nur denjenigen Einfluß zu geben, die sich als getreue Vasallen Frankreichs in seiner Politik gegenüber Deutschland erwiesen haben. Man ging dabei von der irrigen Voraussetzung aus, daß das „Volk" sich auf die Dauer durch Geschrei nach außen einen „Patriotismus" vortäuschen läßt und darüber das nichts weniger als vaterlandsliebende Gebaren im Innern übersieht. Das hat sich tatsächlich in dem von nationalen Leidenschaften besonders stark infizierten Polen durchführen lassen. Doch die Götterdämmerung beginnt. Der geschäftstüchtige Korfanty, der klerikale Lutoslawski, der ruhmsüchtige Haller und der diktaturlüsterne Dmowski sind nicht mehr die Helden des polnischen Volkes, das sich nach Ruhe und geordneten Arbeitsmöglichkeiten sehnt, aber nicht gewillt ist, sich zum Vorspann eines schrankenlosen Kapitalismus zu machen.

Wie wenig Vertrauen die Kreise der Nationaldemokratie noch bei den Massen besitzen, wird am deutlichsten klar, wenn man die polnischen Presseäußerungen zu den Danziger Wahlen betrachtet. Alle Blätter, selbst die am weitesten rechts stehenden, geben zu, daß die Niederlage der Polen in Danzig hauptsächlich auf die Aufstellung der Person des Spitzenkandidaten zurückzuführen ist. Dieser Spitzenkandidat aber ist Nationaldemokrat.

Schon vor einiger Zeit tauchten Gerüchte auf, daß man den Weg zum Uebergang in eine Koalitionsregierung suchen wolle. Es wurden bereits verschiedene Namen genannt, die aber alle kaum Aussicht gehabt hätten, die Massen hinter sich zu bekommen. Auch im polnischen Parlament ist die Lage wie in so vielen Staaten Europas die, daß die Stimmverteilung im Parlament noch lange nicht die Stimmung der Wählermassen wiedergibt. Im übrigen springt man mit diesem Parlament auch sehr willkürlich um. Das beweist zum Beispiel das Vorgehen im Falle der Demission des Kriegsministers General Szeptycki, die den Parlamentariern erst zwei Wochen nach dem vollzogenen Rücktritt mitgeteilt wurde.

Und doch ist die Stellung des Kabinetts Korfanty-Witos noch nicht zum Sturze reif. Es scheint eine Art Tradition in Polen zu sein, daß jedes Ministerium nur an seiner Außenpolitik, und zwar an seiner Politik gegenüber der großen Sphinx im Osten, Rußland, zusammenbricht. Dmowski hat aber noch keine außenpolitischen Proben abgelegt. Er hat vorläufig den Vorteil, daß er von der Sowjetpresse nicht angegriffen worden ist. Der bolschewistische Gesandte Wigdor Kopp hat ihm in Warschau sogar eine Art Ehrenzeugnis ausgestellt und seine Zufriedenheit mit der Politik Dmowskis bekundet. Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß die Politiker in Polen, je weiter rechts sie stehen, desto sowjetfreundlicher sind, wohlgemerkt „sowjetfreundlich" nicht kommunistenfreundlich. Man hat dort auch erkannt, daß Sowjetrußland und Kommunismus eigentlich zwei ganz verschiedene Dinge sind.

Dmowski, der Führer der polnischen Expansionspolitiker, der polnische Mitarbeiter am Versailler Vertrag, hat vor wenigen Tagen öffentlich erklärt, daß er das Steuerruder der polnischen Außenpolitik mit aller Kraft auf die russische Seite hinüberdrehen will. Man könnte das so auffassen, als ob Polen sich von der westeuropäischen Politik ganz loslösen wollte und seine natürliche Entwicklung in der östlichen Wirtschaft sucht. Tatsächlich bedeutet es aber ganz etwas anderes, da gleichzeitig das Einverständnis mit dem Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland betont wird. Es bedeutet die Fortsetzung der französischen Politik mit andern Mitteln, die Durchführung der Arbeit, die jetzt bereits vier französische Missionen mit mehr oder weniger Erfolg geleistet haben. Frankreich will den russischen Wirtschaftskörper, dessen immer stärker werdende Kraft es erkannt hat, für sich zur Ausbeutung gewinnen und vor allen Dingen dem Einfluß Deutschlands und Englands entziehen. Niemand aber ist ein besserer Vertreter der französischen Kapitalsinteressen als Polen, das sich in einer finanziellen Hörigkeit gegenüber Frankreich befindet. Das polnische staatliche Wirtschaftsleben ist ja zum großen Teil in der Hand des französischen Kapitals, fast alle Bodenschätze gehören französischen Gesellschaften, und jetzt spricht man davon, daß auch das Salz- und Tabakmonopol an französische Kapitalisten verpachtet werden soll. Polen hat also nur zwei Möglichkeiten: Es muß sich von der französischen Oberherrschaft frei machen und versuchen eigene Wege zu gehen, wozu aber in erster Linie eine Aufgabe seines Militarismus notwendig ist, oder es muß Frankreichs Politik im Osten erfolgreich durchzuführen versuchen und sehen, daß auch für seine eigenen Interessen etwas dabei abfällt. Dmowski hat den letzten Weg gewählt. Der Erfolg dürfte aber wohl kaum von ihm abhängen, sondern die Entscheidung liegt in Moskau. Moskau aber hat Frankreich zwar schon oft den kleinen Finger gereicht, doch die Hand immer noch rechtzeitig zurückgezogen. Auch Herrn Dmowski wird mehr nicht gelingen und schließlich wird auch er nur den Hohn Rußlands erben. Dann aber fällt mit ihm das polnische Kabinett der Rechten, das Kabinett der rücksichtslosen Gefolgschaft Frankreichs.

Ludendorff der Dolchstößler.

In einem in der „Berliner Volkszeitung" erschienenen Artikel rechnet Franz Carl Endres mit Ludendorff ab. Er bespricht zunächst den Münchener Putsch, der das Urteil über die politische Figur des Kriegsverlängerers und -verlierers Ludendorff wohl auch in weit rechtsstehenden Kreisen verändert habe. Dann fährt Endres fort:

Doch das nur nebenbei. Die rechtsstehenden Kreise haben zum Teil schon vor der Münchener Katastrophe an der politischen Fähigkeit Ludendorffs gezweifelt, aber sie betonten dafür um so mehr seine militärische. Darüber, daß er ein großer Feldherr war, bestand für sie gar kein Zweifel. Sie brauchten seine Feldherrngröße als Personifikation des militärischen Systems, dessen Wiederaufrichtung sie erstreben. Vergeblich, daß Leute wie Delbrück, Müller-Brandenburg usw. den Beweis antraten und durchführten, daß Ludendorff kein Feldherr war. Den Angreifern war ihre bedingte Sachverständigkeit für den Erfolg ihres Plaidoyers hinderlich.

Zur rechten Stunde erscheint nun das Werk „Der Krieg der versäumten Gelegenheiten", um Ludendorff auch strategisch militärisch zu stürzen. So zu stürzen, daß das „Militärwochenblatt" in seiner Kritik über das Buch kein anderes Mittel mehr weiß, Ludendorff zu verteidigen, als das, den General Hoffmann, den tapferen Verfasser des Werkes, zu beschimpfen, und wie einen Schulbuben zu behandeln. General Hoffmann steht nun gewiß nicht auf unserem politischen Standpunkt, aber das darf nicht daran hindern, ihn, wie wir das bisher getan haben, als den genialsten deutschen Strategen des Weltkrieges zu bezeichnen, als einen General, der Ludendorff turmhoch überragte.

In seinem Buche übt er freimütig Kritik an der deutschen obersten und oberen Führung aus, vernichtet Falkenhayn nach Charakter und militärischem Können auf Nimmerwiedersehen und rechnet dann mit tödlicher Ruhe und gestützt auf eine Kenntnis innerer Vorgänge, die keinem anderen zur Verfügung stand, so gründlich mit dem angeblichen Feldherrntum Ludendorffs ab — — daß wirklich nur mehr der Herr Lindström übrig bleibt.

Vor allem bestätigt dieses Buch aktenmäßig eine im übrigen von mir seit 1917 verfochtene Behauptung, daß nämlich Hindenburg-Ludendorff an der strategischen Idee von Tannenberg gar keinen Anteil haben. Die Idee stammt von Hoffmann selbst, die Befehle zum Abmarsch gegen Tannenberg sind von General Prittwitz, dem übereilt Davongejagten, schon ausgegeben gewesen, bevor Ludendorff eintraf. Dieser hatte im wesentlichen nur Ja zu sagen.

Sehr peinlich so was! Nicht? Man versteht, daß das „Militärwochenblatt" nervös wird. Ludendorffs Ruhm, von Anfang an auf journalistische Propaganda aufgebaut, zerflattert in dem Augenblick, wo der erste Generalstabsoffizier des Ostens, der später Generalstabschef der ganzen Ostfront war, die . . . schlichte Wahrheit spricht.

Auch die Darstellung der Masurenschlacht und des Feldzugs in Polen wird aller Flittervergoldungen entkleidet.

Und das völlige Versagen Ludendorffs 1918 wird erschütternd jedem klar, der nicht die Lüge für unsaubere politische Zwecke braucht.

Ludendorff war es, der sich jedem Frieden widersetzte, der den strategischen Blick für die großen Verhältnisse nicht hatte, der die Offensive 1918 falsch ansetzte und falsch durchführte, der das Heer und das Reich „rettungslos in das Verderben trieb", der durch falsche Siegesmeldungen das Volk betrog,

ja sogar das Oberkommando der Ostfront bei falschem Glauben ließ. „Der große Durchbruch (Frühjahr 1918) gelang nicht; statt nun zu erkennen, daß damit die letzte Siegeschance verwirkt sei, statt sich von dem Moment ab auf reine Defensive zu beschränken und die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß es höchste Zeit sei, auf politischem Wege einen Verhandlungsfrieden zu suchen, setzte er die Offensive fort, bis die letzte Kraft des Heeres erschöpft war.

Ludendorff kam so zu der Forderung des Waffenstillstandsangebots innerhalb vierundzwanzig Stunden — das Deutschland waffenlos dem kalten Haß Englands, der fanatischen Rachsucht der Franzosen und einem geisteskranken (? der Verfasser.) Wilson auslieferte."

Das war der Dolchstoß, meine Herren von rechts! Und der Dolchstößler hieß Ludendorff!

Milderung der bayerischen Presseknebelung

Die sozialdemokratischen Zeitungen dürfen wieder erscheinen.

Generalstaatskommissar Kahr hat am 25. November für das rechtsrheinische Bayern folgende Verfügung getroffen: Die Anordnung vom 11. November 1923 über die Verbreitung staatsgefährlicher Druckschriften wird aufgehoben, soweit sie das Erscheinen von Zeitungen und Zeitschriften, die von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei herausgegeben sind oder sozialistische Ziele verfolgen, allgemein verbietet. Die Kreisregierungen sind ermächtigt, zu bestimmen, welche dieser Zeitschriften wieder erscheinen dürfen. Die Erlaubnis hierzu kann unter bestimmten Auflagen erteilt werden.

Voraussichtlich werden die sozialdemokratischen Zeitungen in München, also zunächst die „Münchener Post", heute wieder erscheinen können.

Die Erlaubnis des Wiedererscheinens der sozialdemokratischen „Münchener Post" ist vom Generalkommissar an eine Reihe von Bedingungen geknüpft worden. So wird verlangt, daß das Blatt keine hetzerischen Artikel bringt und daß eine Kaution von rund 5000 Goldmark gestellt wird, die bei Verfehlungen gegen diese Bedingungen verfallen. Schließlich muß das Blatt zwei Stunden vor seinem Erscheinen eine fertige Nummer zur Vorzensur vorlegen.

Techows Fluchtversuch.

Wie erinnerlich kam man im Frühjahr dieses Jahres in der Strafanstalt Sonnenburg einem Fluchtplan des Rathenau-Mörders Ernst Werner Techow auf die Spur, der dort seine 15jährige Zuchthausstrafe abbüßt. Entworfen war der Plan von einem Strafgefangenen namens Schauer, einem angeblichen früheren Fliegeroffizier, der wegen Landesverrats zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden war und es verstanden hatte, sich bei der gemeinsamen Arbeit in der Strafanstalt an Techow heranzumachen. Er veranlaßte ihn, sich Geld und Kleidungsstücke zu verschaffen, und tatsächlich hat Techow durch einen Brief, den ein ungetreuer Gefängnisbeamter für ihn befördert hatte, sich an einen Freund, einen früheren Marineoffizier und jetzigen Bankbeamten namens Huld in Berlin mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Huld hatte sich auch bereit erklärt, die zur Flucht notwendige Zivilkleidung zu Händen des Gefängnisbeamten nach Sonnenburg zu senden. Mittlerweile wurde der Fluchtplan jedoch entdeckt, und in der am 24. Juli vor der Strafkammer in Frankfurt a. O. stattgefundenen Verhandlung wurde Huld wegen Begünstigung zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, während Schauer eine Zusatzstrafe von zwei Jahren Zuchthaus erhielt. Techow selbst stand nicht unter Anklage, da ihm eine strafbare Mitwirkung an dem Fluchtplan nicht genügend nachgewiesen werden konnte. Für Huld hatte dessen Verteidiger Revision eingelegt, so daß sich das Reichsgericht mit dem Fall zu beschäftigen hatte. Das Reichsgericht kam aber aus materiellen und prozessualen Gründen zu einer Verwerfung der Revision.

Belgische Sanktionen.

Ein Vertreter der belgischen Regierung hat in Duisburg rollendes Eisenbahnmaterial beschlagnahmt, das zur Ablieferung an die deutsche Eisenbahnverwaltung bereit stand. Die Maßregel wird damit begründet, daß die deutsche Regierung das Ultimatum in der Angelegenheit des Leutnants Graff nicht befolgt habe, in welchem von ihr Bezahlung einer Geldbuße von 1 215 000 Franken verlangt wurde. Das beschlagnahmte Material soll in Höhe dieser Summe liquidiert werden. Eine Million Franks werde die belgische Regierung dem Roten Kreuz und 215 000 Franks der Familie des Getöteten zur Verfügung stellen.

Neue Hungerkrawalle in Berlin. Infolge der ständig wachsenden Lebensmittelpreise ist es auch gestern an vielen Stellen zu Ansammlungen und zeitweise auch zu Plünderungen von Bäcker- und Schlächterläden gekommen; auch ein Schuhwarengeschäft wurde beraubt. Mehrere Täter wurden festgenommen.

Abtransport der Reichswehr aus Sachsen. Wie der „Vorwärts" meldet, soll am 27. 11. der Abtransport der in Sachsen befindlichen Reichswehrverstärkungen beginnen und bis zum 28. 11. abends durchgeführt sein.

Quertreibereien der Sonderbündler. Im mittleren Moselgebiet machte die Bevölkerung an verschiedenen Stellen der Sonderbündlerherrschaft ein schnelles Ende. Bei der Säuberung von Wittlich wurde auf seiten der Einheimischen ein Bauer getötet. Auch in Zell hat die Bevölkerung im Verein mit Bauern aus der Nachbarschaft die Sonderbündler vertrieben.

Die Auflösung der deutschvölkischen Freiheitspartei. In Stuttgart wurden die Geschäftsräume der von General v. Seeckt verbotenen Parteien geschlossen. Haussuchungen und Beschlagnahmungen wurden in den Parteibureaus und bei den Vorstandsmitgliedern der Parteien vorgenommen. Etwa 200 Angehörige der deutschvölkischen Freiheitspartei demonstrierten auf den Straßen gegen das Vorgehen der Polizei. Als die Demonstranten, die meist junge Leute waren, aufgefordert wurden, auseinander zu gehen, leisteten sie Widerstand. Die Polizei mußte sechs Verhaftungen vornehmen.

Briefmarken in Rentenmark. Wie dem „Tagebl." zufolge verlautet, sollen dieser Tage Briefmarken ausgegeben werden, die auf Rentenmarkwährung lauten.

Nach Ungarn entkommen. Der unter dem Verdacht des Mordes an Rosa Luxemburg stehende Leutnant a. D. Krull ist ins Ausland entkommen. Neben dieser Mordanklage vor einem Berliner Landgericht schwebt gegen Krull noch ein zweites Verfahren wegen eines Bombenanschlages auf den Genossen Parvus. Krull hat jetzt nach Berlin die Nachricht gelangen lassen, daß er sich wohlbehalten im Auslande befinde, und zwar sei er auf der Reise nach einem Lande, in dem auch die Erzberger-Mörder, Schult und Tilessen, Gastfreundschaft genießen.

Besuch in einer russischen Fabrik

Von Anker Kirkeby*)

Ich wollte gern eine der sozialisierten Fabriken sehen und fragte den Vorsitzenden der Fachvereinigung der Metallarbeiter, Genossen Sanda, den ich zufällig kenne, ob ich nicht das große Elektrizitätswerk besuchen könne, auf das die Weißen es besonders abgesehen hatten. Man kann nämlich weder eine Revolution noch eine Gegenrevolution auf bessere Weise anfangen, als daß man das Licht in der ganzen Stadt auslöscht; der Gegner wird am besten im Dunkeln umarmt.

Einige Tage später schickte die Fachvereinigung mir eines Morgens Bescheid, daß ich um 11 Uhr kommen dürfe. Ich hatte Erlaubnis erhalten, eine dänische Kollegin, die schöne und sozial stark interessierte Frau Salvia Pankhurst, mitzunehmen.

Einige Ingenieure aus Transkaukasien wollten das Elektrizitätswerk besichtigen, und ich durfte mich ihnen anschließen. Wir mußten eine halbe Stunde auf den Direktor (den früheren Obermaschinisten) und auf den Vorsitzenden des Arbeiterrats warten. Es gab viel Schererei, bis wir eine genügende Anzahl gebührender Einlaßkarten zusammen hatten. Wegen des Versuchs der Konterrevolutionäre, Handgranaten in die Dynamos zu schleudern, war die Maschinenhalle streng abgesperrt, und wenn die roten Soldaten einen nicht vom Sehen kannten, ließen sie ihn nicht ohne Karte ein, selbst nicht den Direktor.

Stundenlang gingen wir jetzt in den riesigen Hallen umher und guckten auf die laufenden Treibräder. Wir bewunderten die mächtigen Öfen, die ursprünglich für Kohlenfeuerung eingerichtet waren. Als Kohlen während der Revolution von den Gruben abgeschnitten war, wurden sie für Holzfeuerung, jetzt aber, da die Bahn nach dem Kaukasus wieder frei ist, für Naphthafeuerung umgebaut. Ich habe wohl an zwanzig ähnliche Dampfanlagen in der ganzen Welt besucht und immer nichts Grundverschiedenes. Diese glich erdrückend allen anderen. Das einzige Ungewöhnliche war, daß an jeder Tür ein Soldat saß und sich auf sein Gewehr stützte. Ich konnte nichts von Revolution merken und fragte immer wieder: „Und was nun?"

Um mir entgegenzukommen, wurden wir, immer mit Hilfe von Durchlaßkarten, in die Gewerkschaftsabteilung geführt, die nur den Arbeitern der Fabrik und ihren Familien offensteht. Jede partielle Stunde rücken neue Spezialisten vor, augenblicklich waren es Gesellsleute, und das Wartezimmer war von etwa fünfzig Frauen gefüllt, unter denen sich viele junge, schöne Fabrikarbeiterinnen in korkfarbigen Blusen befanden. Die 1500 Arbeiterfamilien erfordern 5000 Konsultationen im Monat.

Die Ärzte standen auf der Höhe westeuropäischer gesellschaftlicher Bildung und lasen die Wartenden. Mit Stolz führten sie uns in den modernen Sälen herum, wo alle Erfordernisse der ärztlichen Wissenschaft vorhanden zu sein schienen. Als wir in der Operationsstube standen, wurde ein zweijähriger kleiner Genosse mit einer klaffenden Wunde an der Stirn hereingebracht, die ein Kamerad ihm mit einer eisernen Stange beigebracht hatte. Ich dachte, daß er genäht werden würde, aber der Arzt faßte mit einer Zange zu und schloß die Wunde mit ein paar amerikanischen Metallklammern. Nach zwei Minuten war die schmerzhafte Operation vollzogen.

Es imponierte uns allen sehr, und wir machten den Ärzten unsere Komplimente zu der hygienischen Einrichtung, die die Revolution hier in einem Winkel der Fabrik geschaffen hatte.

Die Revolution . . . antworteten sie, etwas aus der Fassung gebracht, ... Unsere Krankenabteilung ist ebenso alt wie das Elektrizitätswerk selbst und hat mehr als sechzehn Jahre unverändert bestanden.

Aber jetzt wurde ich ungeduldig und verlangte bestimmt zu sehen, was denn die Revolution gebracht hätte.

Unsere kleine Gesellschaft verließ den Fabrikkomplex. Man führte uns zu den Ruinen der Moskauer Entlang an ein paar Kompleren vorbei zu einem palastartigen, in einem Garten liegenden Hause. Es hatte früher einem reichen Textilfabrikanten gehört. Der hat seiner Flucht nur zwei gewaltige Schlüssel, beide in sehr schöner Kunstschmiedearbeit, hinterlassen hatte; der eine gehörte zu der prunkvollen Haustür des Kaufmanns, der andere zu einem Geldschrank. Jetzt war das ganze Gebäude zu einem Club für die Arbeiter des Elektrizitätswerkes umgeschaffen. Es steht jedem frei, ob er Mitglied werden will oder nicht, und nur etwa 300 haben sich gemeldet; sie bezahlen einen Beitrag von 3 Rubeln monatlich.

Ein Arbeiter, der persönlich besondere gesellschaftliche Talente besitzt, ist von seinen Kameraden zum Klubvorsitzenden erwählt und führt das rastlose Leben des Kommunisten. Jeder Mann im Hause hat seine besondere Funktion erhalten. Der Tanzsaal ist Versammlungssaal geworden, wo die Arbeiter Mißstände oder selbst Vorlesungen auf einem feinen Theater geben, das an dem einen Ende des Saales errichtet ist. Auf der Bühne hatten noch die Dekorationen von den ausgelassenen Übertreibungen, die in der Vorzeit stattgefunden hatten: Es war ein Kabarett für Jesus und die Jungfrau: „Bete nicht ohne Kondome!" usw.

Das Wartezimmer ist zum Beispiel das Arbeiten zur Selbstbildung umgewandelt. Jeder der anderen Räume hatte dem Unterricht, der auf die besonderen Talente der Arbeiter eingestellt ist. Eine Zeichen- und Modellierschule wurde von zwölf Arbeitern im Alter von 18 bis 40 Jahren besucht, die dreimal wöchentlich zwei Stunden Unterricht von einem Künstler erhielten. Es gab eine Gesangstube und ein Musikzimmer, sowie eine ABC-Klasse; man hatte mit 50 bärtigen Schülern angefangen, die weder lesen noch schreiben konnten, jetzt war die Zahl der Analphabeten der Fabrik unter 1 Prozent gesunken. Auf dem Boden befand sich eine Nähstube, wo die Arbeiterinnen ihr eigenes Zeug nähen lernten, während ein Genosse sie gleichzeitig mit hochpolitischen Vorlesungen versorgte. Im Keller befanden sich die geräuschvollen Abteilung für Orchestermusik und Sport. Der frühere Direktor des Elektrizitätswerkes, der jetzt die Stellung des 1. Ingenieurs bekleidet, leitet das abendliche Turnen. Man zeigte mit Stolz einen mächtigen silbernen Schild, die erste Prämie der Stadt Moskau im Hocken, die früher den Offizierklubs zuzufallen pflegte, jetzt aber von der Mannschaft des Werkes heimgeführt war. Endlich besitzt der Klub ein natürlich alkoholfreies Restaurant nebst einem besonderen Rauchzimmer.

„In kurzem", erklärte der Leiter des Klubs, „wird ein Kinematograph im Vortragssaal und eine drahtlose Telegraphenstation auf dem Dache angelegt."

Wir hatten das Elektrizitätswerk drei bis vier Stunden studiert. Als man uns endlich fragte, ob wir sehen wollten, was die Revolution sonst noch geschaffen hatte, erkundigten wir uns vorsichtig, was es wäre.

Rings im Viertel befanden sich außerdem eine Unterstützungskasse, ein kooperativer Einkaufsverein, und um den jungen Arbeitern des Werkes eine weitere technische Ausbildung angedeihen zu lassen, waren außerdem technische Hochschulen, Mechaniker-Schulen und Schulwerkstätten errichtet. Endlich hatten die Arbeiter es unternommen, von ihrem Wochenlohn 35 obdachlose Kinder aus dem Hungerdistrikt an der Wolga zu unterhalten, die in einem besonderen Kinderheim in einem Pavillon am Hafen erzogen wurden.

„Welche Veränderungen hat die Revolution im täglichen Gange der Fabrik mit sich geführt?" fragte ich den Direktor.

„Wir haben den seinen achtstündigen Arbeitstag für die erwachsenen Arbeiter, sechs Stunden für die Beamten, sechs Stunden für junge Arbeiter über sechzehn und vier Stunden für die unter sechzehn Jahre eingeführt."

„Das ist ja alles recht schön und gut," antwortete ich, „aber was bedeutet das alles für den Betrieb des Werkes, welche Resultate gestattet es für die tägliche Arbeit?"

„Die Zahlen, die Sie zu erfahren wünschen", antwortete der Direktor, „sind das einzige ohne besonderes Interesse. Denn augenblicklich beschäftigen wir genau dieselbe Anzahl Personal wie vor der Revolution, und die gesamte Arbeitsleistung hat etwa 100 Prozent erreicht."

*) Von ernsteren bis tragende Kapitel dem interessanten Werke des dänischen Publizisten Anker Kirkeby: „Russisches Tagebuch", das vor Ernst Egmont aus dem Dänischen übersetzt, von Otto Flake eingeleitet wurde, und das demnächst im Verlage Eugen Diederichs erscheint.

Danziger Nachrichten.

Die amtliche Feststellung des Wahlresultats

erfolgte gestern mittag in einer Sitzung des Wahlausschusses. Nach Prüfung der Beanstandungen und zweifelhaften Stimmen wurden folgende Stimmenzahlen als endgültig festgestellt:

Deutschnationale Partei	44581
Vereinigte Sozialdemokratie	39628
Zentrum	20942
Kommunisten	14901
Deutsche Partei	11006
Deutschsoziale	10271
Deutsch-Danziger Volkspartei	7119
Polen	7189
Freie Vereinigung	4786
Fischer und Räucherer	1786
Mieter	1683
Brieskorn	278

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis treten bei allen Parteien kleinere Verschiebungen ein. So verringert sich die Stimmenzahl der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei um etwa 150 Stimmen, und zwar wurden eine ganze Anzahl Stimmen für ungültig erklärt, da an Stelle des Stimmzettels kleine von der Partei herausgegebene Propagandazettel in den amtlichen Wahlumschlägen enthalten waren. Der deutschnationalen Liste sind demgegenüber etwa 115 Stimmen mehr als nach der vorläufigen Feststellung zugefallen. Aus dieser Stimmenverschiebung fällt ein bisher der Vereinigten Sozialdemokratie zuerkanntes Mandat an die Deutschnationalen. In der Endrechnung um das entscheidende Mandat ist die Stimmenzahl der Deutschnationalen nur um 4 größer als die der Vereinigten Sozialdemokratie. Die Deutschnationalen erhalten dieses Mandat nur infolge der Verbindung ihrer Liste mit dem Wahlvorschlag der Fischer; andernfalls wäre ihre letzte Teilungszahl um 9 Stimmen niedriger als die der VSPD. Das Wahlergebnis zeigt also, welche geringen Stimmenzahlen bei der Berechnung der Mandate nach dem Verhältniswahlsystem eine Rolle spielen.

Die endgültige Verteilung der Mandate stellt sich nunmehr wie folgt:

1. Vereinigte Sozialdemokratie	29
2. Deutschnationale Partei	34
3. Freie Vereinigung	3
4. Zentrum	15
5. Fischer	1
6. Deutsche Partei	8
7. Kommunisten	11
8. Deutschsoziale	7
9. Deutsch-Danziger Partei	6
10. Polen	5
11. Brieskorn	—
12. Mieter	1

Wie bereits mitgeteilt, hat sich der Kandidat der Fischerliste, Abg. Böhm, den Deutschnationalen angeschlossen, die damit auf 35 Mandate gestiegen sind. Die Abgeordneten der Deutsch-Danziger Volkspartei und der Freien Vereinigung haben sich zu einer „Liberalen Fraktion" vereinigt, die über 9 Sitze verfügt. Mit ihrer endgültig auf 29 Sitze festgesetzten Zahl verfügt die Vereinigte Sozialdemokratie nunmehr über ein Mandat mehr als sie nach der Vereinigung der sozialdemokratischen mit 19 und der unabhängigen Fraktion mit 9 Sitzen inne hatte.

Zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen

in Danzig und dem Reiche

hat der Senat unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs bis zum Abschluß eines Vertrages über die Beseitigung von Doppelbesteuerungen eine Verordnung erlassen, in der folgendes bestimmt wird:

Danziger oder reichsdeutsche Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz und in Ermangelung eines solchen ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Deutschen Reiche haben, ohne im Gebiete der Freien Stadt Danzig einen Wohnsitz zu haben, werden in der Freien Stadt Danzig zu den direkten Steuern nur herangezogen mit ihrem im Gebiete der Freien Stadt Danzig belegenen Grund- und Gebäudebesitz sowie dem Einkommen daraus, ohne Rücksicht darauf, ob diese Gegenstände einem im Deutschen Reiche betriebenen Gewerbe gewidmet sind, und mit ihren im Gebiete der Freien Stadt Danzig unterhaltenen Betriebsstätten sowie dem Einkommen daraus.

Als Betriebsstätten im Sinne dieser Verordnung gelten: die Geschäftsleitung, Zweigniederlassungen, Fabrikationsstätten, Ein- und Verkaufsstellen, Niederlagen, Kontore und sonstige zur Ausübung des Gewerbes durch den Unternehmer selbst, dessen Geschäftsteilhaber, Prokuristen oder andere ständige Vertreter unterhaltene Geschäftseinrichtungen.

Befinden sich Betriebsstätten desselben gewerblichen Unternehmens sowohl im Gebiete der Freien Stadt Danzig als auch im Deutschen Reiche, so erfolgt die Heranziehung nur nach Maßgabe des von den inländischen Betriebsstätten aus stattfindenden Betriebes; mit ihrem Erwerb aus wissenschaftlicher, künstlerischer, schriftstellerischer, unterrichtender oder erziehender Tätigkeit, aus der Berufstätigkeit der Aerzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure und der Ausübung anderer freier Berufe, soweit die Ausübung der Berufstätigkeit in dem Gebiete der Freien Stadt Danzig von einem festen Mittelpunkte (Betriebsstätte) aus stattfindet, und mit ihren aus Danziger öffentlichen Kassen (Staats- und Gemeindekassen) zahlbaren regelmäßig wiederkehrenden Bezügen oder Unterstützungen, die mit Rücksicht auf eine gegenwärtige oder frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit gewährt werden (Besoldungen, Ruhegehälter, Wartegelder, Versorgungsbezüge und dergleichen).

Danziger oder reichsdeutsche Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz und in Ermangelung eines solchen ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiete der Freien Stadt Danzig haben, ohne im Deutschen Reiche einen Wohnsitz zu haben, werden in der Freien Stad Danzig von den direkten Steuern freigestellt mit ihrem im Deutschen Reiche belegenen Grund- und Gebäudebesitz sowie dem Einkommen daraus ohne Rücksicht darauf, ob diese Gegenstände einem im Gebiete der Freien Stadt Danzig betriebenen Gewerbe gewidmet sind; mit ihren im Deutschen Reich unterhaltenen Betriebsstätten sowie dem Einkommen daraus; mit ihrem Erwerb aus der oben bezeichneten Tätigkeit, soweit die Ausübung der Berufstätigkeit im Deutschen Reiche von einem festen Mittelpunkte (Betriebsstätte) aus stattfindet; mit ihren aus deutschen öffentlichen Kassen (Reichs-, Staats-, Landes-, Gemeindekassen) zahlbaren Bezügen oder Unterstützungen der oben bezeichneten Art.

Bei Danziger oder reichsdeutschen Angehörigen, die sowohl im Gebiete der Freien Stadt Danzig als auch im Deutschen Reich einen Wohnsitz haben, ist das Einkommen in der Freien Stadt Danzig nur zu dem Teil zu besteuern, welcher dem Verhältnis der Aufenthaltsdauer während des Steuerjahres entspricht. Dabei ist ein Aufenthalt außerhalb des Gebietes der Freien Stadt Danzig und des Deutschen Reiches der Aufenthaltsdauer in der Freien Stadt Danzig zuzurechnen, wenn der Steuerpflichtige die Danziger Staatsangehörigkeit besitzt. Das gleiche gilt, wenn der Steuerpflichtige weder im Gebiete der Freien Stadt Danzig noch im Deutschen Reiche sich aufgehalten hat, und das Vermögen nur zu besteuern, wenn der Steuerpflichtige die Danziger Staatsangehörigkeit besitzt.

Diese Verordnung gilt erstmalig bei der Veranlagung der Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1923, der Körperschaftssteuer für das Einkommen der nach dem 31. Dezember 1922 abgelaufenen Wirtschaftsjahre (Geschäftsjahre), der Vermögenssteuer für den am 1. Januar 1923 beginnenden Veranlagungszeitraum sowie beim Steuerabzug vom Arbeitslohn hinsichtlich der Bezüge für die Zeit vom 1. Januar 1924 ab.

Auch für die Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Erbschaftssteuer hat der Senat eine Verordnung erlassen. Darin heißt es: Für im Deutschen Reiche befindliches, zum Nachlasse eines Danziger oder reichsdeutschen Staatsangehörigen gehörendes Grund- oder Betriebsvermögen wird die Danziger Erbschaftssteuer nicht erhoben. Für das übrige Nachlaßvermögen wird die Danziger Erbschaftssteuer nicht erhoben, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes ein Danziger oder reichsdeutscher Staatsangehöriger war und einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen seinen dauernden Aufenthalt nicht im Gebiete der Freien Stadt Danzig, wohl aber im Deutschen Reiche gehabt hat.

Danziger Fragen in Genf.

Polen beansprucht die ganze Holminsel.

Die voraussichtlich am 10. Dezember beginnende Tagung des Völkerbundsrates in Genf dürfte sich auch wieder mit einigen Danziger Fragen beschäftigen. Die für Danzig wichtigste ist die des polnischen Munitionshafens auf dem Holm, die von Polen erneut angeschnitten worden ist. Der Völkerbundsrat hatte bekanntlich im vorigen Jahre die Entscheidung des Oberkommissars Hanking bestätigt, nach welcher Polen ein Teil des Holms als Munitionshafen zugesprochen wurde. Polen war jedoch mit dem ihm zugewiesenen Holmstück nicht zufrieden. Der Völkerbundskommissar sah aber keine Veranlassung, diese Frage erneut aufzurollen. Nunmehr hat Polen jedoch erklärt, daß es nach den Erfahrungen des Warschauer Explosionsunglücks keine Garantie für die Sicherheit seines Munitionshafens auf dem Holm übernehmen könne, falls ihm nicht eine Vergrößerung dieses Hafens zugestanden werde. Bescheiden wie die polnischen Machthaber nun einmal sind, verlangen sie **die Zuweisung der ganzen Holminsel an Polen.** Hiermit kann Danzig sich natürlich nicht einverstanden erklären, da es durch die Fortnahme der ganzen Holminsel eines wichtigsten Industriegeländes beraubt würde.

Eine Einigung konnte bisher zwischen Danzig und Polen auch nicht in der Frage des Personals der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig erzielt werden. Hierüber aber gehen die direkten Verhandlungen zwischen beiden Staaten noch weiter, und es ist zu hoffen, daß es noch vor der Völkerbundstagung zu einer Verständigung kommt. Der Völkerbundsrat wird ferner das Mandat des jetzigen Oberkommissars um ein Jahr zu verlängern haben. Dessen Amtszeit läuft im März nächsten Jahres ab. Da aber schon vor der Wahl der Völkerbundsrat eine zweijährige Amtsdauer seines Kommissars in Danzig in Aussicht stellte, dürfte der jetzige Völkerbundskommissar Mac Donell für ein weiteres Jahr bestätigt werden

Wie die Arbeitslosigkeit künstlich vergrößert wird.

Der dringend notwendige Bau einer Verbindungsbrücke zwischen der Danziger Werft und dem Holm ist vom Senat, Hafenausschuß und sämtlichen nachgeordneten Stellen, Polizeipräsident usw., unter dem Druck der Schichau, Klawitter und Konsorten endgültig abgelehnt worden, trotzdem sich der Volkstag nahezu einstimmig für den Bau der Brücke erklärt hat. Hierdurch sind bis jetzt 1300 Arbeiter und 250 Angestellte brotlos geworden. Angestellte und Arbeitervertreter, die bei maßgebenden Stellen, in Ausschüssen usw. die Notwendigkeit des Brückenbaues nachwiesen, wurden hohnlächelnd abgewiesen.

Kostenlose Milchausgabe für Säuglinge. In den hilfsbedürftigen Familien, für die das Wohlfahrtsamt einzutreten hat, stößt die Ernährung der Säuglinge auf erhebliche Schwierigkeiten. Auf Beschluß der Wohlfahrtskommission besteht die Möglichkeit, in Fällen der Not für Kinder im Alter bis zu 1 bzw. 2 Jahren täglich ¾ bis 1 Liter Milch kostenlos zu beziehen. Im Monat Oktober wurden durch das Wohlfahrtsamt für diese Familien 1800 Liter geliefert.

Eröffnung der freistaatlichen Landesversicherungsanstalt für Angestellte. Auf Grund des § 96 des Angestelltenversicherungsgesetzes für die Freie Stadt Danzig vom 12. Oktober 1923 hat der Senat den Staatsrat Claaßen zum Vorsitzenden des Direktoriums der Landesversicherungsanstalt für Angestellte und den Oberregierungsrat Frank zum stellv. Vorsitzenden ernannt. Mit dem 1. Dezember d. Js. gehen die Geschäfte der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin auf die Landesversicherungsanstalt für Angestellte in Danzig über.

Ueberfall auf der Straße. In der Näthlergasse wurde vor einigen Tagen gegen 7 Uhr abends ein junges Mädchen von dem Kaufmann Gustav Rudzick von hinten um den Hals gefaßt, zu Boden geworfen und zirka 10 Meter auf der Erde geschleift. R., der leicht angetrunken war, konnte nur mit Gewalt verhaftet werden.

Der Fischfang im Weichseldurchstich. Der Lachsfang im Durchstichgebiet soll in den letzten Tagen ergiebig gewesen sein, dagegen hat sich der Neunaugenfang nicht gebessert. Der Preis für rohen Lachs beträgt zurzeit 1 Goldmark und für Lachsforellen 0,50 Mark. Beim Breitlingsfang in See sind sehr große Mengen erbeutet worden. Einzelne Motorkutter haben nur die Hälfte ihrer Netze aufnehmen können, da sie damit die Kutter schon beladen hatten. In einem einzigen Netz waren bis zu 6 Zentner Breitlinge. Die Danziger Räuchereien waren nicht in der Lage, den Fischern die ganzen Fänge abzunehmen, da sie diese nicht verarbeiten konnten. Die in Danzig nicht abgesetzten Mengen wurden mittels Fuhrwerk und Dampfer nach Bodenwinkel, Vogelsang, Liep und Pröbernau denö dortigen Räuchereien zugeführt.

Einstellung des Güterverkehrs nach Gutcherberge. Wie die polnische Staatsbahndirektion mitteilt, wird vom 1. Januar 1924 ab die Station Gutcherberge für den Gepäck-, Expreßgut-, Eil- und Frachtstückgutverkehr geschlossen.

Stillegung der Kleinbahn?

Die Kleinbahn, die durch die Danziger Niederung und das Große Werder fährt, soll, wie uns mitgeteilt wird, mit dem 1. Januar 1924 stillgelegt werden. Die Vorarbeiten für die Stillegung des Betriebes sind durch Kündigung sämtlicher Angestellten zum letzten Dezember d. Js. bereits eingeleitet. Die Vorstellungen des Angestelltenausschusses bei der Direktion der Westpr. Kleinbahn A.-G. sowie bei der Aufsichtsbehörde sind bisher ohne sichtlichen Erfolg geblieben. Mit der Stillegung würde die Stadt Danzig der wichtigen Verbindung mit dem landwirtschaftlich bestem Gebiet des Freistaates beraubt und wird die Ernährung, besonders die Versorgung mit Milch, noch unerträglichere Formen annehmen. Dazu kommt die wichtige paßfreie Verbindung mit Marienburg. Auch die zirka 300 Personen umfassende Belegschaft würde am 1. Januar mit ihrem Familien auf die Straße fliegen und der Erwerbslosenfürsorge und so den Steuerzahlern zur Last fallen.

Es ist vollkommen unbegreiflich, daß bis zum heutigen Tage die maßgebenden Stellen, trotzdem diese über die Vorgänge unterrichtet sind, sich nicht veranlaßt gesehen haben und keine Mittel und Wege finden konnten, dagegen einzuschreiten. Bei der Kleinbahn handelt es sich zweifellos um ein Unternehmen, das rentabel ist. Wenn die Benutzung stark nachgelassen hat, so hat das seine Ursache in den überspannten Fahrpreisen. Seit langer Zeit wird seitens der Betriebsführerin eine Tarifpolitik betrieben, die sozusagen als Wucher anzusprechen ist und die zweifellos zum vollkommenen Ruin des Unternehmens zum Schaden der Allgemeinheit führen muß. Augenblicklich haben die Tarife die vierfache Höhe der Vorkriegszeit erreicht. In der Vorkriegszeit war eine Genehmigung der Tarife durch die Aufsichtsbehörde bzw. durch die Regierung erforderlich. Infolge der mit riesenhaften Schritten fortschreitenden Entwertung der Reichsmark war der Gesellschaft gestattet, die Tarife ohne vorherige Genehmigung jeweils sofort zu erhöhen. Es war jedoch die Pflicht der Aufsichtsbehörde, die Höhe der Tarife zu überwachen und gegen jede unberechtigte Erhöhung sofort Einspruch zu erheben. Ist die jetzige Höhe der Tarife, die fraglos zum Ruin der Kleinbahn führen muß, im Einverständnis mit der Aufsichtsbehörde bestimmt worden? Den maßgebenden Stellen müßte in diesem Falle der nicht unberechtigte Vorwurf gemacht werden, daß sie gegen derartige Manipulationen zum Nachteil der Allgemeinheit bisher nicht eingeschritten sind. Die Fahrpreise müßten zur Belebung des Verkehrs entsprechend mäßig gehalten werden. Die Kleinbahn ist doch schließlich ein Unternehmen, das der Allgemeinheit dienen soll und nicht einer Gesellschaft, die nicht einmal im Freistaat ansässig ist, noch hier Vermögen besitzt und mit ihrem Kapital abwandert. Es wird Aufgabe der verantwortlichen Stellen sein, hier nach dem Rechten zu sehen und eine Einstellung des Verkehrs zu verhindern.

Polizeibericht vom 27. November 1923.

Festgenommen: 33 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 4 wegen Körperverletzung, 12 wegen Trunkenheit, 7 in Polizeihaft, 7 Personen obdachlos.

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 26. 11.

1 Dollar: 5,87 Danziger Gulden.
1 Million poln. Mark: 2,00 Danziger Gulden.
Engl. Pfund: 24 Billionen Papiermark.

1 Dollar im Freiverkehr (mitt. 12 Uhr): 6 Billionen.

Berlin, 26. 11.

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,4 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 26. November. (Amtlich.) Weizen 1,30—1,40 Dollar, Roggen 0,92½—0,95 Dollar, Gerste 1,00—1,10 Dollar, Hafer 0,85—0,90 Dollar.

Es wird weniger geheiratet. Eine Heiratshochflut setzte mit dem Ende des Krieges in Deutschland ein. Seitdem geht sie langsam zurück, wenn sie auch mit den Jahreszeiten auf- und abschwankt. Der Jahresdurchschnitt der Zahl der Eheschließungen hatte auf 1000 Einwohner 1913 nur 7,7 betragen. 1921 war er auf 11,8 angewachsen, im letzten Viertel 1922 ging er auf 8,4 zurück, stieg im zweiten Frühlingsvierteljahr auf 12,9, ging im dritten, im Sommer, auf 10,9 zurück und stieg wieder im letzten Vierteljahr auf 12,8. In diesem Jahre brachte das erste Viertel wieder einen Rückgang auf 8,3, also wiederum weniger als ein Jahr vorher, aber immer noch weit mehr als im ersten Vierteljahr 1913 mit 6,2. In den Städten und Industriegegenden war sogar im ersten Viertel d. Js. noch eine Zunahme gegen das Vorjahr zu verzeichnen, so in Hamburg von 9,6 auf 11,7 und in Bremen von 8,6 auf 10,9. Die beiden Stadtstaaten haben neben Braunschweig mit 9,8, Berlin 9,7, der Rheinprovinz 9,5 und Hessen-Nassau ebenfalls 9,5 die meisten Heiraten. Sehr wenig hatte wie im Vorjahre Ostpreußen mit 5,0. Am meisten sind die Heiraten in der Grenzmark Posen-Westpreußen von 8,2 auf 6,9 und in Lippe von 11,2 auf 9,2 zurückgegangen.

Großkampf in der Wiener Metallindustrie. Seit Sonnabend stehen in Wien die Angestellten der Metallindustrie — rund 5000 — im Streik. Gleichzeitig wurden über 10 000 Metallarbeiter ausgesperrt, um auf die Angestellten einen Druck auszuüben. Da die Metallarbeiter gegenwärtig sich in Lohnverhandlungen befinden, die bisher zu keiner Einigung geführt haben, muß man mit einem allgemeinen Kampf in der Wiener Metallindustrie rechnen. Die unmittelbare Ursache des Kampfes sind Lohndifferenzen. Die Unternehmer haben alle Forderungen der Angestellten fast restlos abgelehnt und wollen das Anfangsgehalt nur geringfügig auf 500 000 Kronen monatlich erhöhen. Anderweitige Erhöhungen wollen sie nur „individuell" gewähren, d. h. die Gehaltsfrage soll nicht mehr von Organisation zu Organisation geregelt, sondern in das Belieben des Unternehmers gestellt werden. Der Angestellte soll wieder herabgedrückt werden zu einem gehorsamen Diener, der vor seinem Arbeitgeber nur mit gebeugtem Rücken und devotem Lächeln zu erscheinen magt. Insofern hat der Kampf eine grundsätzliche Bedeutung.

Riesenpreise für alte Freimarken. Die 8. Versteigerung der berühmten Ferrari-Briefmarkensammlung, die jetzt im Hotel Drouot in Paris stattgefunden hat, brachte einen Gesamtertrag von 81480 Goldmark. Damit wuchs der Erlös, der bisher aus der Sammlung gezogen worden ist, auf die beträchtliche Summe von 1 332 000 Goldmark. Den höchsten Preis erzielte eine badische 9-Kreuzer-Marke von 1851, die irrtümlicherweise auf grünem statt auf rosa Papier gedruckt ist, nämlich 120 000 Frank. Es ist eine der seltensten Marken, die es gibt, man kennt nur noch drei andere Stücke, von denen sich eins im deutschen Reichspost-Museum befindet. Eine spanische 2-Realen-Marke von 1851 in Blau statt Rot, in vorzüglicher Erhaltung, brachte 92 000 Frank. Einige seltene britische Kolonialmarken wurden von dem englischen König erworben.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 26. d. M. ab bis auf weiteres zum 400milliardenfache Betrage des Nennwertes.

Die Ernährung nach den neuesten Forschungen. Der Direktor des Stuttgarter chemischen Untersuchungsamtes, Dr. Otto Metzger, faßt die Ergebnisse der neuesten Forschungen für eine zweckmäßige Ernährung in einigen Richtlinien zusammen. Er betont, daß die neuesten Untersuchungen den alten Kinderärzten recht geben, die auf Verabreichung von Lebertran an das heranwachsende Kind den größten Wert legen. Auch die Bestrebungen der Vegetarier und derer, die rohe Speisen den gekochten vorziehen, erscheinen jetzt in einem ganz anderen Licht und erhalten ihre Berechtigung. Schon früher wurde darauf hingewiesen, daß Schwarzbrot gesünder sei als Weißbrot; man nahm an, daß die im Schwarzbrot enthaltenen Kleiebestandteile den Darm zur Tätigkeit anregen. Heute wissen wir, daß beim Genuß von Schwarzbrot außerdem noch eine Zufuhr lebenswichtiger Nahrungsergänzungsstoffe erfolgt. Die wichtigsten Regeln für die Ernährung sind etwa die folgenden: Gestalte die Kost so abwechslungsreich wie möglich. Iß reichlich Gemüse, erhitze dasselbe aber nicht unnötig hoch und lange. Gieße das Kochwasser von den Gemüsen nicht fort und setze den Gemüsen niemals doppelkohlensaures Natron oder Soda zu. Gib den Kindern physiologisch hochwertige Fette wie Lebertran oder Butter. Verabreiche der stillenden Mutter viel Gemüse und möglichst Vollmilch. Versuche weder Kinder noch junge Tiere mit Magermilch aufzuziehen. Gewöhne in der Regel Schwarz- oder Vollkornbrot.

Aus dem Osten.

Dirschau. Größere Eisenbahndiebstähle sind der Dirschauer Kriminalpolizei gemeldet worden. Bei Boergenthal, wo die Güterzüge vom Güterbahnhof Siebenhöfen kommend bei Einmündung in die Bromberger Strecke zum Teil aus technischen Gründen stehen bleiben müssen, sind vor mehreren Tagen nicht weniger als vier Güterwagen erbrochen worden und daraus die verschiedensten Sachen, wie mehrere Säcke Zucker, Tabakwaren usw., in hohem Werte gestohlen worden. Auch ein Bahnwagen aus dem Zuge Konitz—Königsberg für von Marienburg aus als erbrochen angemeldet worden, wobei den Dieben fünf Pakete mit wertvollen Sachen in die Hände gefallen sind.

Königsberg. Verkauf der Walzmühle. Eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Königsberger Walzmühle A.-G. war zwecks Beschlußfassung über den Verkauf des Unternehmens einberufen worden. Vertreten waren in der Versammlung von dem 2 400 000 Mark betragenden Aktienkapital 1 938 000 Mark. Der Vorstand war ermächtigt worden, ein Angebot dahin abzugeben, daß der Verkauf des Unternehmens als Ganzes gegen Zahlung von 250 Goldmark je Aktie befürwortet. Als Erwerberin traten die Hamburger Stärke- und Sagowerke auf, die sich bereit erklärt haben, den Wert bis zum 15. Januar 1924 zu zahlen und nicht von der im Gesetz vorgesehenen einstweiligen Zeit Gebrauch zu machen. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig den Verkauf an die genannte Firma, die ihren Sitz nach Königsberg verlegen wird.

Stolp. Einbrüche im Landratsamt. In den letzten Wochen ist das hiesige Landratsamt zu wiederholten Malen von Einbrechern heimgesucht worden. Sie es in erster Linie auf elektrische Birnen abgesehen haben, aber auch zum Teil Schubladen erbrochen und ihres Inhalts beraubt.

Zülz. Die Einstellung der Straßenbahn. Bei Beginn der Einstellung des Zülzer Straßenbahnverkehrs in der Inflationsperiode erklärte Straßenbahnpräsident, daß schon aus wirtschaftlichem Interesse die Straßenbahn stillgelegt werden müsse. Es würden täglich 25 bis 30 Zentner Kohlen verbraucht, damit die Straßenbahn einige hundert Menschen befördere den ganzen Tag. Wenn der Kohlenpreis etwas niedriger wäre, würden vielleicht tausende Menschen fahren. Es soll nun auf Wiederaufnahme einmalige Stillegung geprüft werden. Wenn sich die Verhältnisse bessern soll die Bahn wieder verkehren.

Marienburg. Ein gefährlicher Briefmörder wurde in der Person des Postbeamten Sinkewitz entdeckt. Es fiel auf, daß der Akten auf dem Bahnhof in der Nacht mehrere Stunden verschlossen war. Als man die Tür mit einem Nachschlüssel öffnete, fand man den Beamten schlafend vor. In den Händen hielt er eine Anzahl von Briefen. Man fand 100 geöffnete und 108 noch verschlossene Briefe, 38 Dollar, 266 Lits und einen größeren Betrag in Bankschecks. Außerdem fand man noch über 100 Briefe, die der Beamte früher in dem Abort versteckt hatte. Der Verhaftete gab zu, daß er schon seit längerer Zeit die ihm übergegebenen Briefe geöffnet und das Geld herausgenommen habe. Auch Pakete habe er geöffnet und 85 Taschenuhren sich angeeignet. Die Oeffnung der Briefe und Pakete nahm der Beamte regelmäßig im Abort vor; dieswal war er jedoch betrunken und mitten in seiner Arbeit eingeschlafen.

Riga. Ueberschwemmungen. Aus Lettland, Estland und Litauen laufen Meldungen über Hochwasser und Ueberschwemmungen ein, die in den Ortschaften, auf den Feldern und in der Schiffahrt erheblichen Schaden angerichtet haben. Auch Menschenleben sollen zu beklagen sein.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig.

Mittwoch, den 28. November 1923, abends 7 Uhr

in der Handels- und Gewerbeschule, An der großen Mühle

Große Vertrauensmännersitzung.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen Brill über die politische Lage.

Zahlreichen Besuch der Funktionäre erwartet

Der Landesvorstand.

Aus aller Welt.

Ein schweres Bergwerkunglück hat sich in Benia (Illinois) ereignet. Ungefähr 60 Bergleute sind eingeschlossen. Bisher wurden sechs Leichen geborgen. Von den Ueberlebenden haben viele schwere Brandwunden erlitten.

Von seinen Kindern erschlagen wurde in Berlin der 50 Jahre alte frühere Kasernenwärter Jakob Melchreck. Der dem Trunke ergebene Mann machte seiner Frau und seinen Kindern wiederholt heftige Auftritte. Am Sonnabendabend drang er wiederum auf seine Frau ein, so daß sich seine 18 und 19 Jahre alten Söhne genötigt sahen, gegen ihn vorzugehen. Im Kampf mit dem Vater richteten sie ihn so zu, daß sie ihn nach dem Krankenhaus bringen mußten. Dort verstarb der Schwerverletzte kurz nach der Aufnahme.

Der Wahnsinnige im Speisewagen. Aus Bukarest wird berichtet: Eine aufregende Viertelstunde erlebten die [illegible] des Simplon-Expreßzuges. Kaum [illegible] der Zug Bukarest, da erschien ein Fahrgast, der Schlafwagenschaffner [illegible] mit erhobenem Messer [illegible] die Anwesenden mit Erschießen. Es erfolgte [illegible] Wahnsinnig. Nach Passieren [illegible] aber, [illegible] der Mann plötzlich irrsinnig geworden war. Er wurde dann mit Mühe [illegible] bis der Zug die nächste Station erreichte, wo der Wahnsinnige von der [illegible] abgeführt wurde.

Ein Schlimmerer. Der 17jährige Sohn Rudolf des Geschäftsmanns Alfred, aus Berlin, der von einer Gesellschaft mit vier bewaffneten Komplizen, die sich von seinem Vater zu einem [illegible] Schmuck bei Bielefeld aufhielt, um dort Geschäfte zu treiben, ist als Leiter aufgefunden worden. Man fand den Jungen in einer Kneipe, wo er [illegible] Zeche prellen wollte. Er hatte [illegible] Gesellschaft, das mit [illegible] Geldmitteln nur auf Reisen und Hotels machte. Unter seiner Führung und die Gesellschaft [illegible] Vater [illegible] Wirt vom Wiedersehen des Sohnes und des Kommen der Polizei wurde. Aber auch von Berlin, auch dem [illegible] Leben der Gesellschaft, von dem Treiben des [illegible] Sohnes kam [illegible] Mitteilungen. Besonders [illegible] Und doch [illegible] eine [illegible] Seite [illegible] Vater [illegible] Sohn [illegible] Vater [illegible] Sohn [illegible] Vater [illegible] Sohn

Danziger Nachrichten.

Christlicher Eisenbahner-Verrat.

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns geschrieben:

Einen schmählichen Verrat an den Belegschaften der Eisenbahn und des Hafenausschusses beging in offensichtlicher Weise der christliche Gewerkschaftsvertreter Klein. In Anbetracht der kolossalen Teuerung hatte der Deutsche Eisenbahner-Verband die Verwaltungen unter dem 12. November d. J. ersucht, in Lohnverhandlungen mit den Tarifkontrahenten zu treten. Die Verwaltungen lehnten unter dem 17. November d. J. grundsätzlich jede Verhandlung ab. Am 22. November d. J. wurde seitens des D. E.-V. der Schlichtungsausschuß angerufen. Am Montag, den 26. November d. J. sollte die Schlichtungsstelle entscheiden, daß die Verwaltungen mit den Gewerkschaften unverzüglich in Lohnverhandlungen zu treten haben. Der Spruch wurde zu Ungunsten der Bediensteten entschieden. Hatte der Vertreter der Gewerkschaft christlicher Wasserbau- und Staatsbediensteter schon in der Vorwoche sich den Vertretern der beiden Verwaltungen als der gemäßigtere Teil empfohlen, so ließ er in der heutigen Sitzung vollkommen die Maske fallen. Auf Befragen des Vorsitzenden gab Klein für die christliche Gewerkschaft die Erklärung ab, daß sie an Lohnverhandlungen nicht interessiert wären. Der hierdurch an der Kollegenschaft verübte Verrat ist in der Gewerkschaftsbewegung bisher einzig; einem christlichen Gewerkschaftsvertreter blieb es vorbehalten, in Verhandlungen Arbeitgeberinteressen zu vertreten!

Die Eisenbahner werden sich heute Dienstag, abends 6 Uhr in öffentlicher Versammlung in der „Ostbahn", Ohra, mit der Situation beschäftigen.

Eine Arbeitslosenversammlung der Kellner beschäftigte sich am Montag mit dem Resultat der Lohnverhandlungen über die Löhne der aushilfsweise beschäftigten Kellner. In dem Bericht, den der Gewerkschaftssekretär Klenner gab, kam zum Ausdruck, daß die Arbeitgeber nicht gewillt sind, die in bescheidenen Grenzen gehaltene Forderung zu bewilligen. Die Aushilfskellner erhielten bisher pro Tag nebst Verpflegung und einschl. des Bedienungsgeldes ein gewisses Entgelt. Vor dem Kriege betrug die Summe 2 bis 5 Mark; statt dessen bieten die Arbeitgeber jetzt nur einen Garantielohn von 5 Gulden, der absolut unzureichend ist. Denn wenn ein Aushilfskellner arbeitet, kommt er weit über diese Summe hinaus. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Not der erwerbslosen Kellner, namentlich der verheirateten, außerordentlich groß ist, zumal dieselben nur in ganz verschwindend kleinem Umfange Erwerbslosenunterstützung beziehen. Wenn heute ein Familienvater ohne Arbeit und ohne Erwerbslosenunterstützung sich und die Seinen in rechtschaffener Weise durchs Leben bringen will, ist das gewiß anerkennenswert, um so verdammenswerter ist, daß die gastwirtschaftlichen Unternehmer die Notlage der Angestellten nicht anerkennen und sie durch Ablehnung ihrer geringen Forderungen noch weiter ins Elend stürzen wollen. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Entschließung eingebracht, in der das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt und die Organisationsleitung erneut beauftragt wird, Verhandlungen auf der Basis der ursprünglichen Forderungen zu führen.

Filmschau.

Die Ufa-Lichtspiele im Wilhelm-Theater zeigen in dieser Woche einen neuen Jannings-Film: „Alles für Geld". Er bringt die Geschichte eines reichen Emporkömmlings unserer Tage, der für Geld auch die Liebe einer schönen Frau glaubt kaufen zu können. Aber er hat zwei Nebenbuhler. Einen (natürlich adligen) Ingenieur und seinen eigenen Sohn. Zwischen Vater und Sohn kommt es schließlich der Frau wegen zum Zerwürfnis. Der Sohn tritt in Dienst einer Konkurrenzfirma und erleidet bei einem Automobilwettfahren den Tod. Was den Film auszeichnet, ist die Wiedergabe der Hauptrolle durch Emil Jannings, dem die Verkörperung des Raffketyps bedeutend besser liegt, als Werner Krauß, der sich kürzlich auch zu einer Raffkerolle hinreißen hatte. Eine gute Regieleistung ist die interessante Wiedergabe des Automettrennens. Wer lachen will, kann das in reichstem Maße in der neuen Chaplin-Groteske „Chaplins erster Ehezwist".

Die U.-T.-Lichtspiele bringen in dieser Woche die dritte Fortsetzung des großen Abenteuerfilms „Tragödie der Liebe". Er zeigt uns die weiteren Geschicke der Hauptpersonen. Die Gräfin (Mia May) ist nach Rumänien als Erzieherin verschlagen. Die beiden männlichen Hauptdarsteller finden wir als Gefangene in einer französischen Strafkolonie wieder. Schließlich aber treffen sie in Paris alle wieder zusammen. Emil Jannings ist in diesem Teil wieder höchst amüsant in seiner Poussade mit der Frau seines Gefangenenwärters und weiß auch manche Saite anzuschlagen, die den gutmütigen Kern in diesem charakteristischen Verbrechertyp zeigt. Ein erträgliches Lustspiel „Professor Nebbin wird energisch" zeigt den besonders beim weiblichen Teil des Publikums beliebten Filmkomiker Leo Peukert als herzensbrechender Professor. — Das abhetzende Tempo mag in manchen Kinos (s. d. „ganz draußen" wie Plaut sagt) angebracht sein. Die U.T.-Lichtspiele aber sollten doch zur alten besseren Tradition zurückkehren.

Lichtbildtheater Langer Markt. Zu dem Film „Eine versunkene Welt" hat der Roman „Servolette" von Ludwig Biro den Stoff geliefert. Die Handlung ist außerordentlich wirkungsvoll gestaltet. Mit dem Schiff „Servolette" unternimmt ein Thronfolger mit seiner Geliebten eine Reise in fremde Länder. Die wilde, leidenschaftliche Tänzerin zieht jedoch die ganze Schiffsbesatzung in ihren Bann. Alle, vom Kapitän bis zum Matrosen, verlieren im Liebesrausch ihre Vernunft. Das Schiff, schließlich den Händen des Prinzen überantwortet, findet mit der Besatzung sein Ende, indem es an Klippen zerschellt. Die Handlung bietet zahlreiche spannende Momente. In einem zweiten Film „Das Geschlecht derer von Ninowall" wird das Schicksal einer Grafenfamilie behandelt. An den männlichen Mitgliedern dieses Geschlechts erfüllt sich eine alte Weissagung. Sie gehen alle durch gewaltsamen Tod zugrunde. Leben bleibt nur ein weiblicher Nachkomme. Auch dieser Film fesselt durch seine Handlung, die durch Bilder aus dem Hochgebirge eine düstere Umrahmung erhalten hat.

Odeon- und Edentheater. „Das rollende Schicksal" ist ein zeitgemäßer Film, der in gut gestellten Bildern die wirtschaftliche Not und das schwere Ringen der Arbeiter der Wissenschaft und Kunst beleuchtet. Ihrem entbehrungsreichen Dasein stellt der Verfasser dieses Films das Leben der Neureichen in seiner wüsten Form gegenüber. Diese Kontraste sind außerordentlich eindrucksvoll und dürften manchen Besucher seine Schlüsse ziehen lassen. — Ein weiteres trübes Kapitel der Gegenwart behandelt der zweite Film: „Der Heiratsschwindler". In einer packenden Handlung werden die Gefahren leichtsinniger Mädchen und das parasitische Treiben der Heiratsschwindler veranschaulicht.

Das Zentral-Theater zeigt in „Adam und Eva" ein Filmstück stark dramatischen Inhalts. Ein in glücklicher Ehe lebender Dichter lernt bei der Erstaufführung seiner Dichtung eine feurige Schauspielerin kennen. Er läßt sich soweit umstricken, daß sein Familienleben stark erschüttert wird. Doch wie bald schwindet Schönheit und Gestalt! Nach kurzem Liebesglück kehrt der stark Enttäuschte zu Frau und Kind zurück. — „Der Vagabund", eine verfilmte Erzählung aus dem Hochgebirge, hat gleichfalls einen stark spannenden Charakter und zeichnet sich der Film noch besonders durch gute Naturaufnahmen aus.

Die Metropol-Lichtspiele warten wieder mit einem Abenteurer- und einem Kriminalfilm auf. Im Abenteurerfilm „Das Recht auf Sünde" wird ein Forschungsreisender das Opfer seiner Leidenschaft. Sein Begleiter führt jedoch seine Rolle fort und erobert sich die Geliebte des Toten. Der Kriminalfilm „Das goldene Haar" führt in die Schieberkreise der neueren Zeit. In der Tiefe der sittlichen Verkommenheit dieser Kreise wird der Urheber eines Schwindelunternehmens zum Mörder seiner Frau. Doch ihr goldenes Haar wird ihm zum Verhängnis. — Im Lustspiel „Heiraten Sie nicht" werden die Verirrungen eines Ehemanns in origineller Weise wieder eingerenkt.

Kleine Nachrichten.

Polen läßt Münzen anfertigen. Das polnische Finanzministerium will die Berndorfer Fabriken von Artur Krupp mit der Prägung von einer Million Stück 20-Groschen und mehreren Millionen 50-Groschen-Münzen aus Nickel, sowie mehreren Millionen Groschenmünzen aus Bronze beauftragen. Die Matrizen sollen im Staatl. Münzhof in Wien hergestellt werden. Gegenwärtig finden in der Angelegenheit noch Verhandlungen statt. Sollten die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß gelangen, so wird ein Teil der bestellten Münzen nach Abschluß des Vertrages fertiggestellt sein.

Eine Brücke über den Kleinen Belt. Wie dänische Blätter mitteilen, gilt es nun als sicher, daß Jütland und Fünen durch eine feste Brücke verbunden werden. Das Ministerium wird in der nächsten Zeit mit festen Vorschlägen an das Folkething herantreten. Die Brücke wird bestehen aus einer Eisenbahnbrücke, verbunden mit einer Schwebefähre für Automobile. Die Kosten sind veranschlagt auf 82 Millionen Kronen, doch würden dazu noch die Kosten kommen für das Land, das zur Durchführung des Projekts enteignet werden muß.

Die bulgarischen Parlamentswahlen ergaben für die Regierungskoalition ungefähr 185 Mandate von 247. Die übrigen Mandate teilen sich in Nationalliberale, Agrarier und Kommunisten. Kommunisten und Agrarier hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt.

Polens Verkauf an Frankreich. Wie polnische Blätter melden, verhandelt die polnische Regierung augenblicklich mit einer Gruppe französischer Finanzleute über eine Verpachtung des Tabak- und Salzmonopols.

Eine amerikanische „Aerzte-Fabrik". Großes Aufsehen erregt die Diplomfälschungsaffäre durch „Kansas City College of Physician and Surgeons", die ihre Diplome zu Preisen zwischen 100 bis 500 Dollar verkauft hat. Die Behörden schätzen die Zahl der „Aerzte", die in den Vereinigten Staaten mit gefälschten Diplomen praktizieren, auf 15 000.

Die Werbekraft des Sozialismus. Der ehemalige Gesundheitsminister im Kabinett Lloyd George, Dr. Addam, richtete an den Präsidenten der Labour Party, Henderson, ein Schreiben, in dem er um Aufnahme in die Labour Party bittet. Er erklärt sich zur energischsten Unterstützung der Arbeit der Labour Party bereit, da diese die einzige Partei sei, die unbedingt am Freihandel festhalte und außerdem allein in der Lage sei, den europäischen Frieden zu bewahren.

Deutsche Kinder nach Frankreich. Das französische Komitee der internationalen Arbeiterhilfe hat an die französische Arbeiterschaft den Appell gerichtet, zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung Deutschlands eine Anzahl deutscher Arbeiterkinder für mehrere Monate aufzunehmen. Der Appell hatte den Erfolg, daß das französische Komitee der internationalen Arbeiterhilfe seine Bereitschaft erklären konnte, schon in den nächsten Tagen den ersten Kindertransport zu übernehmen. Es werden zunächst etwa 500 Kinder nach Frankreich abgehen.

Im Faltboot von Donaueschingen bis Konstantinopel. Diese wagemutige Fahrt unternahm ein Mitglied des Donau-Ruderklubs in Neuburg. Der kühne Paddler fuhr am Pfingstsonntag in Donaueschingen ab und gelangte am 8. August nach Durchfahrt des russischen Deltaarmes Kilia bei Wilkoo in das Schwarze Meer, von wo aus er der Küste entlang nach Sulina paddelte, das er am 14. August erreichte. Am 17. Oktober traf Schott am Ziel seiner Reise in Konstantinopel ein. Die Fahrt im Schwarzen Meer war zeitweise durch Stürme äußerst erschwert; das Boot wurde beim Kaliakra-Riff an Land zwischen die Klippen geworfen, ohne jedoch nennenswerten Schaden zu erleiden. Die befahrene Strecke stellt ohne Zweifel einen Weltrekord dar.

Wasserstandsnachrichten am 27. November 1923.

	24. 11.	25. 11.
Zawichost	+ ,	+ ,
	22. 11.	23. 11.
Warschau	+ ,	+ ,
	21. 11.	22. 11.
Plock	+ ,	+ ,
	27. 11.	26. 11.
Thorn	+ ,	+ 1,72
Fordon	+ ,	+ 1,66
Culm	+ 1,76	+ 1,64
Graudenz	+ 1,90	+ 1,83

Kurzebrack	+ 2,20	+ 2,15
Montauerspitze	+ 1,66	+ 1,61
Pieckel	+ 1,79	+ 1,72
Dirschau	+ 1,95	+ 1,88
Einlage	+ 2,64	+ 2,50
Schiewenhorst	+ 2,73	+ 2,62
Nogat:		
Schönau O. P.	+ 6,68	+ 6,71
Galgenberg O. P.	+ 4,60	+ 4,60
Neuhorsterbusch	+ 2,00	+ 2,02
Anwachs	+ ,	+ ,

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Dienstag, 27. November, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit!

Die Welt ohne Männer

Schwank in 3 Akten von Alexander Engel und Julius Horst. In Szene gesetzt von Heinz Brede

Guste Brandel . . . . . Dora Ottenburg
Christine Höllmayer . . . . . Erna Friederichs
Paula Fehringer . . . . . Erika Fels
Ludmilla Müller . . . . . Frieda Reinald
Dr. Ferdinand Specht, Rechtsanwalt Heinz Brede
Dr. Max Walden, I. Konzipient . Reginald Pule
Gampert . . . . . Ferdinand Neuert
Schmidt . . . . . Peer Lhot
Herr Gebhardt . . . . . Gustav Nord
Adele, seine Frau . . . . . Mary Heine
Mizzi, Klavierschülerin . . . . . Hedi Quitschorra
Krätke, Hausmeister . . . . . Georg Harder
Ein Briefträger . . . . . Emil Werner
Ein Dienstmann . . . . . Fritz Baumhoff

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9½ Uhr.

Mittwoch, 28. November, abends 7 Uhr Dauerkarten Serie 3. „Gelöschen". Tragödie.

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55 11277

Achtung! Heute! Der hervorragende Spielplan!

Der große Abenteuer-Sensations-Film!!!

„Die Abenteuer eines Ermordeten"
2 Teile
I. Teil: „Die Flucht aus dem Leben"
II. Teil: „Der Smaragd des Radjah von Palanpur"
12 große äußerst spannende u. sensationelle Akte
In der Hauptrolle: Louis Ralph
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Neu eröffnet!
Gisa's Modewerkstätten
Anfertigung eleganter und einfacher Damenkleider, Mäntel, Kostüme, Hüte und Wäsche 10939
Lieferung in 3—4 Tagen Sprechzeit 9—3 Uhr
Telephon 6853 Schüsseldamm 10, II, rechts

Herren-Anzüge
kaufen Sie billig und gut
auch auf Teilzahlung 11216
Milchkannengasse 15, part.

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose Katarrhe usw. heilbar?
Verl. Sie kostenl. San.-Rat Dr. Weise's ausführl. Druckschrift hierüber
Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104e. 13435

Anfertigung aller
Drucksachen
für behördlichen und privaten Bedarf

Massenauflagen in Rotationsdruck | Moderne Plakate in kürzester Frist

Buchdruckerei J. Gehl & Co.
(„Danziger Volksstimme") Danzig, Am Spendhaus 6

Flamingo
Bühne und Film
Vornehme Lichtspiele
Jüntergasse 7. Telephon 6916

Heute:
Der letzte Teil
Mit Stanley im dunkelsten Afrika
6. Episode:
Durch Nacht zum Licht
Außerdem **Pola Negri**
in dem prächtigen Schauspiel
Marchesa d'Arminiani
Aus dem Leben einer leichtsinnigen Frau.
Dazu der prächtige Lustspielschlager
Fix und Fax, die beiden Glückspilze
Ab nächsten Freitag:
Der schönste Film der Gegenwart
Mutter, dein Kind ruft!
(Das brennende Geheimnis.) 11256

Neue **Chaiselongues** zu verkaufen, sowie Anfertigung von sämtlichen **Polster-Möbeln** bester Verarbeitung mit langjähriger Garantie
11273 Bürger, Weidengasse 17 part.

Weißblech. Kinderbett (Holz) zu verkaufen
†) Holzgasse 10 II

Invalide (gel. Klempner) **sucht Beschäftigung** gleichviel welcher Art
P. Neumann, Langgarten 48/50 II
†)

Kochherd ein- und zweilöcherig, (neu Loch 10 Mulden) verk. Müller, Kneipab, 1274 Artillerieschuppen.

Zu verkaufen ausziehb. Kinderbettgestell, klein. zweirad. Wagen, alt. Schließkorb, Garderobenst.
†) Schulz, [illegible]

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Stinnes Tätigkeit in Amerika. Nach einer Meldung wurde in Newyork von Hugo Stinnes mit einem Kapital von 20 Millionen Dollars eine Aktiengesellschaft gegründet, „die sich die Erfassung von Rohpetroleum auf der ganzen Welt zum Ziele setzt.“ Stinnes habe sich bereits „das Petroleum in Texas, Mexiko, Rußland und Angola gesichert und die Gesellschaft habe mit der Sinclair-Gesellschaft ein Abkommen zwecks gemeinsamer Ausbeutung der Quellen in Angola (Westafrika) abgeschlossen.“ Dazu schreibt das „B. T.“: Wenn man auch in Berliner maßgebenden Kreisen der Erdölindustrie diese Angaben sehr skeptisch beurteilt, und der Ansicht ist, daß die Stinnesschen Erdöl-Interessen weit größer sind als seine Erdöl-Besitzungen, so erscheint doch eine sofortige Aufklärung der Angelegenheit dringend erforderlich. Und zwar hauptsächlich im außenpolitischen Interesse, da leider die Stinnesschen Auslandsexpansionen (z. B. Alpin-Montan-Gesellschaft) im gesamten Auslande viel aufmerksamer verfolgt werden als im Inlande und da sie immer wieder zum Hinweis auf die deutsche Zahlungsfähigkeit und den Reichtum der deutschen Wirtschaft dienen.

Die Einführung der polnischen Valuta in Oberschlesien. Das polnische Finanzministerium bereitet im Einvernehmen mit der oberschlesischen Woiwodschaft die Einführung der polnischen Valuta als einzig gültiges Zahlungsmittel in Oberschlesien vor. Im Zusammenhang damit sollen die oberschlesischen Aktiengesellschaften verpflichtet werden, ihr Aktienkapital spätestens bis zum 1. Januar 1924 in polnische Valuta zu übertragen. Bei der Umwertung soll die deutsche Mark der polnischen gleichgestellt werden. Die Umwandlung wird unter der Kontrolle der Behörden gemäß einer speziellen Verfügung des Finanzministeriums vor sich gehen.

Preisbewegung in Polen. Die polnischen Großhandelspreise sind in den Monaten August und September bedeutend gestiegen, und zwar nicht nur in einem der Entwertung der polnischen Mark entsprechenden Ausmaß; es weist vielmehr auch der in Goldmark berechnete Index eine namhafte Steigerung auf. So betrug der polnische Papiermarkindex (wenn man die Preise vom 1. Januar 1914 gleich 1 setzt) Ende Juli 1923 34 463, Ende August 55 983 und Ende September 78 022. Der Goldmarkindex hingegen beträgt (die Preise vom 1. Januar 1914 gleich 100) Ende Juli 1923 71, Ende August 97 und Ende September bereits 109. Damit haben die Preise bereits das Vorkriegsniveau überschritten, so daß die Inflation und Währungsentwertung nicht mehr als Exportprämie wirken. In einigen Produktionszweigen, die sich auf inländische Rohstoffversorgung stützen, ist Polen billiger als die Länder mit vollwertiger Währung, wo die Preise das Vorkriegsniveau um 30 bis 50 Prozent überschritten haben.

Der Export des russischen Getreides. Das Ergebnis der Verhandlungen über die Organisation des russischen Getreidetransits, die Russakow für Sowjetrußland in Reval und Riga führte, ist, daß 15 Millionen Pud Getreide über Estland und 10 Millionen über Lettland geführt werden. Die Verschiffung in Reval, Riga und Windau wird erfolgen nach Einstellung der Schiffahrt infolge Anfrierens des Petersburger Hafens. Gegenwärtig treffen in Lettland und Estland täglich zahlreiche Waggons mit russischem Getreide ein, das in den Elevatoren gesammelt wird.

Ford will die Kohlenpreise stabilisieren. Der große Automobilfabrikant Henry Ford ist jetzt mit einem großzügigen Plan vor die Oeffentlichkeit getreten. Er hat riesige Kohlenfelder in Amerika erworben, die nicht nur seine eigenen Unternehmungen — an Zahl 600 — versorgen sondern auch andere Industrien mit Kohlen beliefern dürften. Seine Absicht ist, die Kohlenpreise zu stabilisieren, weshalb er sich bereit erklärte, Lieferungsverträge für längere Zeiträume zu festen Preisen abzuschließen.

Die Gründung von Arbeiterbanken in den Vereinigten Staaten und außerhalb dieser auch in andern Ländern des amerikanischen Kontinents, wie Chile und Mexiko, schreitet vorwärts. Dabei werden vorerst noch nicht sehr weitgehende Ziele gestreckt. Einstweilen kann man wohl noch nicht daran denken, daß die Arbeiterschaft durch Beherrschung des Kreditapparates die Kontrolle der Produktion erringen kann. Dazu sind die Arbeiterbanken noch zu jung. Dagegen stellen sie eine mächtige Waffe im Streikkampf dar. Die Gewerkschaft der Bekleidungsindustriearbeiter, eine der radikalsten Organisationen, die einzige, die in der letzten Zeit einen durchaus erfolgreichen Streik durchzuführen vermochte, steht an der Spitze der Bewegung zur Gründung von Arbeiterbanken. In Amerika stehen weitere sieben Banken vor der Eröffnung und zwanzig weitere werden bis Ende des nächsten Jahres ihre Arbeit aufnehmen. In zwei kapitalistischen Großbanken von Newyork und Washington (Empire Trust Company und National Banc of Washington) besitzen die Maschinenarbeiter bzw. die Maschinisten 33 bzw. 40 Prozent der Aktien. Die amerikanischen Gründungen haben in verschiedenen Ländern zur Nachahmung angeregt. In Chile wurde eine ganze Anzahl von Arbeiterbanken gegründet, in Palästina eine Arbeiterbank mit einem Kapital von anderthalb Millionen Dollar, und mehrere in Mexiko.

Neuorganisierung der englischen Textilindustrie. Die englische Textilindustrie wird von einer fürchterlichen Krise heimgesucht. Die Ausfuhrziffern in dieser auf Export angewiesenen Industrie sind äußerst ungünstig. 1913 betrug die Ausfuhr von Baumwollstoffen in den ersten neun Monaten 5,5 Milliarden Yards, 1923 dagegen nur 3 Millionen. Die Ausfuhr der minderen Qualitäten ging ganz besonders zurück. Die Arbeiter sind zu 50 Prozent auf Kurzarbeit gestellt. Diese Lage gibt den englischen Baumwollindustriellen den Anlaß, die Neuorganisierung der Industrie durch Zusammenschluß der Betriebe zum gemeinsamen An- und Verkauf zu erörtern. Die belgische Organisationsform soll als Muster dienen. Dort besteht eine solche Organisation seit 1919 und hat gute Erfolge gezeitigt. Sie sammelte für die angeschlossenen Betriebe die Aufträge, kaufte die Rohstoffe und die notwendigen Einrichtungen und sorgte für Kredite mit dem Erfolg, daß ein Jahr nach dem Waffenstillstand bereits 80 Prozent der belgischen Spindeln in Betrieb gesetzt werden konnten. Auch hat die Organisation die Verkäufe der Waren besorgt und die Aufträge unter den angeschlossenen Mitgliedern verteilt. Dadurch konnten sich die Betriebe auf die Herstellung gewisser Produkte spezialisieren.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig.
Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

S. ANKER
Telefon: 33, 385, 393 :: Gegründet 1871 DANZIG Telegramm-Adresse: »Kleieanker«
Getreide • Mehl • Reis • Saaten
Futtermittel • Kolonialwaren
Eigene große Lagerhäuser in Danzig und Neufahrwasser.

Max Feilchenfeld
Danzig, Hopfengasse Nr. 19/20
Telefon 3912, 5975 / Tel.-Adr.: Feilchenfeld
Getreide : Saaten : Futtermittel
Spezialität: Hülsenfrüchte

DANZIGER GROSSINDUSTRIE
Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz! Ohne Gewähr!
(B) **Danziger Vorortverkehr**
Danzig – Zoppot.
Ab Danzig: 12[0], 18, 4[0] W, 5[0], 5[5] W, 5[4], 6[0], 6[0], 6[0] W, 6[0] W, 7[0] W, 7[0], 8[0] W, 8[5], 9[0] W, 10[0], 11[0], 12[0], 12[0], 1[0], 1[0], 2[0] S, 2[0], 2[4], 3[0] S, 3[0], 3[5], 3[0], 4[0], 4[0] S, 4[0], 5[0], 5[0], 5[0] S, 6[0], 6[2], 6[4], 7[0], 7[2] S, 7[5], 8[0], 8[5], 9[5] S, 9[2], 10[0], 10[2] S, 11[0], 11[0].
Ab Zoppot: 2[0], 4[5], 5[0] W, 5[5], 6[0] W, 6[0], 6[0], 7[0] F, 7[0] W, 7[0] W, 7[0] W, 8[0] W, 8[0], 8[5] W, 9[0], 9[0] W, 10[0], 11[0], 1[0], 1[5], 1[5], 2[0], 2[0] S, 2[0], 3[5], 3[0], 4[0] S, 4[0], 4[0], 4[0], 5[0] S, 5[0], 5[4], 6[2], 6[0], 6[4], 6[0] S, 7[2], 7[0], 7[0], 8[0] S, 8[5], 9[0], 9[0], 9[0] S, 9[5], 10[0], 10[0] S, 11[0], 11[4], 12[0].
Danzig – Langfuhr.
Ab Danzig: 6[0] W, 12[0] W, 12[0] W, 2[0] W, 3[0] W.
Ab Langfuhr: 6[0] W, 7[0] W, 12[0] W, 1[0] W, 2[0] W, 3[0] W.

Bergenske Baltic Transport Ltd., Danzig
Fernsprecher: 1619, 1741, 3389, 5485, 6093, 6094, 6717
Libau, Windau, Riga, Reval, Petrograd, Warschau, Lodz, Pillau, Königsberg, Memel.
Telegramm-Adresse für alle Häuser „BERGENSKE“
Reederei – Befrachtung – Spedition
Transport-Versicherung
Regelmäßige Dampfer-Expeditionen von Danzig nach London — Hull — Tyne — Manchester — Liverpool Antwerpen — West- und Ostnorwegen — Kristiania Libau — Windau — Riga — Reval Petrograd
Große, modern eingerichtete eigene Speicheranlagen und Lagerplätze für Holz, Stück- und Massengüter Gleis- und Wasseranschluß.

Personen- u. Lastkraftwagen · Autobereifungen
Autozubehör- u. -Ersatzteile
Danziger Automobil-Vertrieb
Kohlenmarkt 13 Inh.: Walter Wesserzug Telefon 5629

Max Weichmann
Gegründet 1875 Spedition / Holzspedition Gegründet 1876
Niederlassungen: Bismarckhütte, Kattowitz, Charlottenburg, Hindenburg, Borsigwerk, Beuthen, Sosnitza, Fraustadt, Ruszno, Stettin, Danzig

Handels- u. Transport-Gesellschaft Danzig m. b. H.
Fernsprecher 2203 u. 6349. Danzig-Langfuhr Pommersche Chaussee 5.
Eisen- u. Eisenwaren-Grosshandlung
Stab-, Band-, Formeisen, Bleche, Röhren, Fittings, Draht, Drahtstifte, Kurzwaren aller Art — Haus- und Küchengeräte, Emaille-Waren.

H. RHEINBAY · Akt.-Gesellsch.
Telephon 712, 896, 5317 Danzig, Heumarkt Nr. 24, I. u. II. Etg. Telegr.-Adr.: Rheinunion
Spezialabteilung für Fabrikation und Grosshandel
Hauswirtschaftliche Maschinen und Geräte
Vernickelte Stahlwaren für Haus-, Fabriks-, Bau-, Schiffs- und landwirtschaftlichen Bedarf :: Musterzimmer und Lager :: Eigenes Transitlager.